

Bezugspreis
für Halle monatlich bei postmöglicher
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im aus-
wärtigen Zeitungs-Verkehr unter
Sonder-Zahlung eingetragener. Für an-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Sonder-Zahlung“ gestattet.
Stern der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezug-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7pfeiligen Kolonnenzeile
oder deren Raum mit 20 Bsp. berech-
net und in anderen Pauschellen
und allen Anzeigen-Geschäften an-
genommen. Reklamen die Seite 1 III.
Eck der Anzeigen-Annahme
sonntags 11 Uhr für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Pauschellen-
angelegenheiten, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erstausgabe täglich einmal
Sonder-Zahlung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Braunsstraße 17.
Telefon-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 8.

Halle, Sonnabend, den 5. Januar

1918.

Russland gibt nach.

Bleibt Brest-Litowsk Konferenzort? — Abreise der Russen zur Konferenz.

Neue Erklärungen der Regierung.

Trotsky fährt persönlich nach Brest-Litowsk. — Die Verhandlungen mit den ukrainischen Vertretern.

Berlin, 5. Januar. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages gab der Unterstaatssekretär von dem Botschaftsamt folgende Erklärung ab: Der Herr Reichsminister hat gestern die Mitteilung der russischen Presse mitgeteilt, daß wir uns in illogischer Weise unter der Fiktion der Befreiung des Selbstbestimmungsrecht der Völker entschieden hätten. Im Hinblick auf diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrag des Herrn Reichsministers das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichsministers um Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert. Aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lebhaft von den Interessen der Entente abweicht. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dez. als undiskutabel abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgelegene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die kritischen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

Am 4. Januar 10 Uhr abends ist hier das in Uebersetzung folgende Hochteleogramm aus Petersburg eingetroffen: An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte!

Die Vertagung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erteilten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegation am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Uebersetzung, daß eine Verständigung über die Vertagung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet keine Schwierigkeiten machen wird. Die russische Delegation.

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk mit Vollmacht angekommenen Vertretern der Ukraine in bescheidener Weise Verhandlungen begonnen worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Nach kurzer Geschäftsordnungsberatung wurde mit großer Mehrheit der Vorschlag des Vorsitzenden angenommen, die politischen Erörterungen abzubrechen und die Frage der Gefangenenaustausch und des Gefangenenaustausches zu erörtern.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 5. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der spanischen Front stieß von Bayern, in einzelnen Abschnitten zwischen Gernau und Somme sowie in der Gegend von Doucourt und St. Mihiel entwicklungslinien seit dem 2. Januar fort. An der übrigen Front blieb die Artilleriekämpfe auf Stützpunkten beschränkt. Westlich von Valenciennes hatte eine gewaltige Gefangenschaft einen Erfolg und brachte eine größere Anzahl Gefangener Engländer ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mittels Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriekampf vorübergehend auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die neueste U-Boot-Beute.

Erfolgreiche Ozealreise Englands.

Berlin, 4. Januar. Amtlich. Im östlichen Armeelokal sind von unseren U-Booten kürzlich

21 000 Brevett-Registrier-Tonnen

vernichtet worden. Sämtliche Schiffe waren schwer beladen und bemannet und führen bis auf einen starken Sicherung. Ein tiefschwerer, bewaffneter großer Tauchpfeiler, der Kurs auf Cherbourg hatte, wurde aus einem starken, durch viele Fischdampfer und schnelle U-Boot-Gezöcker gesicherten Geleitzug herausgehoben.

An dem Erfolg, der unter erschwerten Verhältnissen errungen und darum um so anerkannterwert ist, war in erster Linie ein kleines U-Boot beteiligt, das unter der schätzbaren Führung seines Kommandanten, Oberleutnants zur See Steinbock in dem vorigen Jahre durch harte Arbeiten in zwei Unternehmungen insgesamt 22 000 Br.-Tonnen vernichtet hat.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Verlust dieses Landdampfers trifft die Entente um so schwerer, als der deutsche Bericht seit Mitte vergangener Monate bereits vier ähnliche Versenkungsfälle melden konnte. Die Frage der Ozealreise, die für die Versorgung der auf Ozealreise angewiesenen jenseitigen Kriegsschiffe große Bedeutung hat, gestaltet sich immer kritischer für den Verbund. Vor kurzem trat in Washington ein Ausschuss englischer und amerikanischer Sachverständiger zusammen, um über die Ozealreise zu beraten. Die U-Boot-Beute, zu der besonders Motorschiffe herangezogen werden müssen, hat durch Erweiterung des Ozealgebietes und dadurch vermehrten Ozealgebrauch den englischen Import zur neuen Schwierigkeit gestellt. Eine der neuesten Mitteilungen äußert sich in dem Verbot des Autofahrens für Privat in England. Zur Bekämpfung der erregten Bevölkerung sollte die Nachfrist in die Welt, daß in England ein Ozealtruppen entbedt worden sei, der jährlich 150 000 Gallonen Ozealtruppen verbraucht. Es ist, daß England einen jährlichen Bedarf von 600 Millionen Gallonen hat, daß also 150 000 Gallonen seine Abhängigkeit von überseeischen Zufuhren aus Amerika und Asien nicht nennenswert zu mindern in der Lage sind.

Talaat Pascha in Berlin.

Einfweilen keine Weiterreise nach Brest-Litowsk.

Berlin, 5. Januar. Mit bedeutendiger Beschäftigung, die durch harte Schneefälle verursacht war, kam gestern Nachmittag der türkische Großwesir Talaat Pascha in Berlin an.

Nach einer Besprechung mit dem Reichsminister und mehreren Konferenzen mit den zur Zeit in Berlin anwesenden türkischen Staatsbeamten entließ sich der Großwesir, vorläufig in Berlin zu bleiben.

Ein französischer Divisionsgeneral gefallen.

Genf, 5. Januar. An der französischen Front in Mazedonien ist der 51 Jahre alte Divisionsgeneral Colin, der zu Beginn des Krieges Chef des Stabes im Oberbefehl war, durch einen Granatplitter getötet worden.

Kopenhagen als Konferenzort?

Berlin, 5. Januar. Die verschiedenen Vertreter der russischen Regierung in Danemark, um wegen Vertagung der Friedenskonferenz nach Kopenhagen Besprechungen aufzunehmen.

Was geschieht in Brest-Litowsk?

Der Reichsminister teilte bereits in seiner heutigen Rede mit, daß ukrainische Vertreter in Brest-Litowsk eingetroffen seien, die auch Vollmachten besitzen. Mit diesen Vertretern werden die Delegierten des Verbundes verhandeln, solange sich die Situation noch nicht geklärt hat. Zur Stunde, wo diese Stellen geschrieben werden, liegt noch keine Meldung darüber vor, was die russische Regierung auf die berufliche Ablehnung einer Vertagung der Verhandlungen zu tun beabsichtigt. Bekanntlich dauert, woran in diesen Zusammenhängen erinnerlich sein mag, der abgeschlossene Waffenstillstand bis zum 14. Januar. Er verlängert sich automatisch, wenn er nicht bis dahin mit siebenstündiger Frist gekündigt worden ist.

Die Presse hat die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den russischen Verlangungen geklärt. In den Blättern der Mehrheitsparteien kam nach dem Bekanntwerden der jüngsten Ereignisse fast überall die Meinung zum Ausdruck, daß man jetzt durchaus noch nicht die Verhandlungen als gescheitert anzuweisen braucht. Die Blätter der Rechten, insbesondere die altdeutschen Zeitungen, wittern Morgenluft in ihrem Sinne. Sie halten die Stunde für gekommen, um mit den bisherigen Vertretungen der Mittel- und Ostparteien zu verhandeln und sie für null und nichtig zu erklären. Charakteristisch nach dieser Richtung ist die Behauptung der altdeutschen Parteipresse, „Deutschland 1918“, die ihre Freude über das russische Verlangen nicht unterdrücken konnte und fast jubelnd schon gestern schrieb:

„Zeit ist der Zeitpunkt, wo wir die ganze Länge des 19. Juli von uns werfen können und müssen, wenn wir nicht trotz aller Zwischenfälle auch für alle Zukunft den Willen betätigen wollen, einen Frieden zu schließen, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht Rechnung trägt. Alle nationalen Kreise des Deutschen Reiches müssen alle verfügbaren Kräfte einsetzen, um denjenigen Führern Deutschlands den Rücken zu stärken, die eine Absicht von der Höhe des 19. Juli schon seit langem als notwendig erkannt haben.“

Nach dem regionalnationalliberalen „Deutscher Kurier“ haben die Mittelmächte ihre volle Freiheit wiedergewonnen. Das Blatt schloß seine gestrigen Betrachtungen wie folgt:

„Wir haben die volle Freiheit unserer Entschickung wiedergewonnen und das unaussprechliche Gebot der Stunde für unsere Regierung lautet jetzt: Diese Freiheit ebenso stiellich festzuhalten wie jene dadurch erzielbare Bindung, und sie dem Reichsminister und unterteilt zu nutzen, wie des Reichsministers heutige Berufung auf unsere Nachstellung und unser gutes Recht es erfordert.“

Barnebe Worte ruft die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ der russischen Regierung zu. Sie schreibt:

„Man wird gut tun, die Verzögerung der Wiederaufnahme der Verhandlungen als das zu betrachten, was sie ist, und als was sie auch der Reichsminister bezeichnet hat: Einen Zwischenfall. Sollte es sich bei den russischen Vorschlägen um Treibereien des Verbandes handeln, so würden die Russen gut tun, sich zu besorgen, daß sie die Verhandlungen mit den Treibereien nicht um die Herbeiführung des Friedens, sondern um die Verlängerung des Krieges zu tun ist.“

Eine ähnliche Stimmung kommt auch in den heutigen Berliner Morgenblättern zum Ausdruck. So meint die „Volkzeitung“, daß die Aufnahme, die der russische Seitenstreifen in der Berliner Presse gefunden hat, den Willen zeigen wird, daß sie durch die Spiel des 3. Januar das man ein neues ehrliches Friedensverhältnis herbeiführen wird. Die Blätter seien darin einig, daß Stockholm für die Friedensverhandlungen nicht in Frage kommt.

Wir können abwarten! Auf diesen Standpunkt stellt sich die „Freie Zeitung“, wenn sie schreibt: „Um Glück ist die Lage so, daß die Mittelmächte in aller Seelenruhe das Weitere abwarten können.“

Während gegenüber den russischen Wünschen schreibt die „Berliner Zeitung“, sie sehe keinerlei Anlaß, den Russen mit dem Tagungsort auch nur einen Schritt entgegenzunehmen. Anderes würde ein Umzug nach Stockholm doch nicht bedeuten. Entweder möchte das Zentrumsbüro die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Russen nicht einseitig auf ihren Wünschen bestehen werden.

Für den 19. März ist die Annahme vor, daß die Berliner Regierung eine vorläufige sei. Wäre man einander ja nicht näher gekommen, schreibt er, so hätte man sich auch über die Frage, wo weiter verhandelt werden soll, leichter geeinigt. Da man aber am 28. Dezember fast sehr weit auseinandergekommen sei, habe die Frage des Verhandlungsortes an Schärfe gewonnen, die sie sonst nicht hätte annehmen können.

Den nächststehenden Daten äußert sich die „Berliner Zeitung“, nur eine Unterbrechung der Verhandlungen durch die Festlegung der Verhandlungsorte an Schärfe gewonnen, die sie sonst nicht hätte annehmen können.

